



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at  
**Steirische Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzung vom 18.9.2012

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## KAGes: Teure Fehlentscheidungen gefährden medizinische Versorgung

**LAbg. Murgg (KPÖ): Externe Beratungsfirmen ruinieren KAGes und kassieren dafür Millionen**

*KPÖ-LAbg. Werner Murgg deckte auf, dass die steirische Krankenhausbetreiberin KAGes durch das Land zweistellige Millionenbeträge verliert. Aufgrund externer Einflüsterungen wurden im Ressort von Landesrätin Edlinger-Ploder äußerst ungünstige Verträge mit dem Bund akzeptiert.*

LR Edlinger-Ploder hatte noch in der Landtagssitzung am 19. Juni in einer irreführenden Anfragebeantwortung geleugnet, dass bei wesentlichen Entscheidungen externe Beratungsfirmen eingebunden sind, und von einer „Begleitung“ gespro-

chen. Tatsächlich wurden seit 2009 mindestens 5,5 Mio. Euro für derartige Leistungen ausgeben. Das ist mehr, als die Einsparungen des RSG (Regionaler Strukturplan Gesundheit) – 5 Mio. Euro – ausmachen.

Wie Unterlagen aus dem Bereich der KAGes belegen, sind den Universitätskliniken durch den Verzicht auf die Einhaltung der vertraglichen Leistungen des Bundes insgesamt 76,2 Mio. Euro entgangen. Die Tiroler Betreibergesellschaft hat gegen diese Regelung geklagt und in der Sache Recht bekommen. In der Steiermark wurde trotz KAGes-interner Bedenken auf eine Klage verzichtet, nachdem ein

externes Beratungsunternehmen (für 90.000 Euro) dies in einem Gutachten nahegelegt hat.

**L A b g . W e r n e r M u r g g :** „Durch den schlechten Rat externer Beratungsfirmen sind dem Land riesige

Summen verloren gegangen. Die Entscheidungen, die auf dieser Grundlage getroffen wurden, richten einen großen Schaden an und spielen privaten Betreibern in die Hände. Die Kosten für Beratungsfirmen werden von LR Edlinger-Ploder und von der KAGes verheimlicht. So wird unser Gesundheitssystem vor unseren Augen ruiniert.“

Die Schließung von Abteilungen und ganzer Krankenhäuser sowie die Privatisierung des LKH West folgen der Logik dieser Beratungsfirmen, die in krassem Widerspruch zu den



**LAbg. Murgg: Für Rückführung der KAGes in die Landesverwaltung**

Interessen des öffentlichen Gesundheitssystems steht. Die KPÖ hält es für bedenklich, dass private Beratungsfirmen wie Ebner-Hohenau-Consult Einblick in das Gesundheitssystem bekommen. Wer kann garantieren, dass diese Informationen nicht in die Hände von profitorientierten Gesundheitskonzernen kommen?

Murgg fordert deshalb, aus sämtlichen Beraterverträgen auszusteigen und die KAGes in die Landesverwaltung zurückzuführen.

### **KPÖ fordert Auflösung der KAGes**

**Gesundheit zurück zum Land!**

**Der Landtag, die demokratische Vertretung, der steirischen Bevölkerung hat kaum noch Einblick und Mitsprache in der Gesundheitspolitik. Die KPÖ forderte deshalb am 18. September, die KAGes aufzulösen und die Krankenanstalten wieder in die Landesverwaltung einzugliedern. Der Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.**

LAbg. Werner Murgg: „Die öffentliche Gesundheitsversorgung entgleitet immer mehr der Kontrolle durch die Politik. Missstände und Versorgungsmängel werden bagatellisiert oder geleugnet.“ Die KAGes wurde dazu missbraucht, um kurzfristig 1,2 Milliarden Euro zur Deckung des Budgetabganges zu beschaffen. Mit zwei

Anleihen wurde der gesamte Bestand an Gebäuden und Immobilien verpfändet. Es ist ungeklärt, wie die beiden Anleihen getilgt werden sollen. 50 Millionen Euro fallen jährlich an Zinsen an, für die die KAGes eine Sondermiete an die KIG entrichten muss. Das verursacht die sogenannte „Kostensexpllosion“.

„Es ist höchste Zeit, diesen Irrweg aufzugeben und die KAGes wieder in die Hoheitsverwaltung des Landes zurückzuführen. Budgettricks und Geschäftemacherei haben im Gesundheitswesen nichts verloren. Bei den Krankenanstalten muss die Gesundheit im Vordergrund stehen, dafür muss es eine klare politische Verantwortung geben“, so LAbg. Murgg.

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA  
8020 Graz VNr: 07Z037205







# Schulschließungen: Höchstgericht holt „Reformpartner“ vom hohen Ross

## Klimt-Weithaler (KPÖ): Weiterer Flop in steirischer Bildungspolitik

Die Aussetzung der Schließungsbescheide für mehrere steirische Schulen durch das Verfassungsgericht reiht sich ein in eine Reihe von bildungspolitischen Fehlgriffen durch die selbst ernannten „Reformpartner“. Das sagte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zur erfreulichen Tatsache, dass eine Reihe steirischer Schulen nun doch mit Schulbeginn den Betrieb aufnehmen konnten.

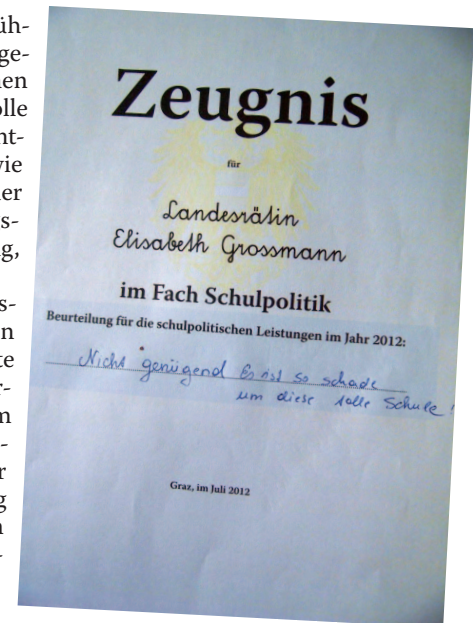
Klimt-Weithaler, die sich im Landtag wiederholt für eine Erhaltung der Schulstandorte eingesetzt hat: „Das Höchstgericht hat die ‚Reformpartner‘ vom hohen Ross geholt. Die

Regierung agiert immer selbstherrlicher und blendet die realen Probleme in der Steiermark weitgehend aus, wenn sie nicht in ihr Weltbild passen. Die Aussetzung der Bescheide hat keine dauerhafte Wirkung. Sie zeigt aber, dass es sich lohnt, sich zur Wehr zu setzen!“

Trotz gegenteiliger Beteuerungen des Landeshauptmannes wird in der Steiermark im Bildungsbereich massiv eingespart. Neben dem planlosen Kahlschlag bei ländlichen Schulen – das seit Monaten versprochene Schulentwicklungskonzept von LR Grossmann liegt noch immer nicht vor – wurde

vor allem mit der Einführung von Kindergartengebühren im vergangenen Jahr eine verhängnisvolle bildungspolitische Fehlentscheidung getroffen, wie Landesrätin Vollath, früher für die Kinderbetreuungseinrichtungen zuständig, selbst zugeben musste.

„Anstatt mit der Abrissbirne über die steirischen Schulen zu fahren, sollte die Landesregierung darüber nachdenken, warum es im ländlichen Raum immer weniger Schulkinder gibt. Die Aushungerung der steirischen Regionen ist hausgemacht und gewollt, auch die so genannte Gemeindestrukturreform hat vor allem ein Ziel: die Zerstörung kommunaler Infrastruktur“, so Klimt-Weithaler.



**Kein gutes Zeugnis stellten Eltern und Kinder Bildungslandesrätin Grossmann aus.**

## Voves-Vorstoß für Studiengebühren: Unzumutbare Belastung für Eltern

*Scharfe Kritik an den Plänen von Landeshauptmannes Voves zur Einführung von Studiengebühren übt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Studiengebühren sind nichts anderes als eine weitere Steuer für Eltern, die vom Kindergarten bis zur Pflege betagter Angehöriger immer tiefer in die Tasche greifen müssen.*

„Voves redet von einem ‚gerechten Stipendiensystem‘ und ‚sozialer Staffelung‘. Was wir wirklich brauchen, ist ein gerechtes Steuersystem, das die in den letzten Jahrzehnten eingeführten Steuerprivilegien für Superreiche und Konzerne beseitigt. Solange der Staat darauf verzichtet, die großen Vermögen angemessen zu besteuern, wird es keine gerechten Gebühren geben, weder für Kindergärten noch für Universitäten. Bezahlen müssen diese Gebühren immer die arbeitenden Menschen, denen jedes Jahr noch weniger Geld übrig bleibt“, so Klimt-Weithaler.

Die KPÖ-Abgeordnete erinnert daran, dass Voves vor den letzten Wahlen wiederholt von einer Reichensteuer geredet habe. „Voves ist ein Sprü-

cheklopfer, der vor der Wahl von einer Besteuerung großer Vermögen spricht und nach der Wahl das Geld von den Familien holt. Die wissen aber auch ohne Studiengebühren nicht, wie sie all die angeblich sozial gestaffelten Gebühren bezahlen sollen, die unter LH Voves eingeführt wurden. Kindergartengebühren, Pflegeregress und die ständigen Strom- und Gaspreiserhöhungen sind hausgemachte Belastungen der selbst ernannten Reformpartner. Studiengebühren wären nur ein weiterer Schritt, um das Leben noch teurer zu machen und weitere soziale Hürden ins Bildungssystem einzubauen.“

Landeshauptmann Voves, so Klimt-Weithaler, habe sich im Wahlkampf als Robin Hood inszeniert. Jetzt lässt er sich als Totengräber des Sozialsystems feiern. „Wir erleben in Österreich den stärksten Anstieg von Armut seit Jahrzehnten. Die Konzerne machen auch in Krisenzeiten kräftige Gewinne, die Banken bekommen ihre Spekulationsverluste ersetzt. Dafür wird der Bevölkerung das letzte Hemd ausgezogen. Das ist die Politik, für die Voves steht. Solange diese Befehlsempfänger der Banken und Konzerne am Ruder sind, wird es auch keine sozial gerechte Politik geben.“

## Vorverlegung der Grazer Wahl: „Panikreaktion Nagls“

### Grazerinnen und Grazer sollen erst nach der Wahl von bevorstehenden Belastungen erfahren

Hätte Graz am regulären Wahltermin im Jänner 2013 gewählt, hätten die Grazerinnen und Grazer schon gewusst, wie tief ihnen SPÖ und ÖVP erneut in die Tasche greifen. Dieses Risiko wollte Bürgermeister Nagl nicht eingehen, als er eigenmächtig die Gemeinderatswahl auf November vorverlegte.

Die Bilanz von SPÖ und ÖVP im Land sieht düster aus. Tausende Familien sind vom Pflegeregress betroffen, die Kürzungen bei der Wohnbeihilfe und die willkürliche Erhöhung der Tarife des Landesenergieversorgers drängen immer mehr Menschen in eine finanzielle Notlage. Im Behinderten-, Jugend-, Sozial-, Kultur- und Gesundheitsbereich sind viele Arbeitsplätze vernichtet worden. Nun steht die Zerschlagung des öffentlichen Gesundheitssystems auf der Tagesordnung der so genannten „Reformpartner“, in Graz werden hunderte Betten „eingespart“ und das LKH-West privatisiert.

Andererseits bekommen

„Medienkooperationspartner“ und Wirtschaft hohe Summen vom Land, nicht zu reden von den Milliardenbeträgen für Bankenrettungspakete.

Claudia Klimt-Weithaler: „Bürgermeister Nagl hat wohl Panik bekommen und will nun vor der Politik seiner eigenen Landespartei davonlaufen. Die Grazer KPÖ und Stadträtin Elke Kahr sind aber vorbereitet und brauchen sich nicht zu verstecken. Was wir vor der Wahl sagen, gilt auch nach der Wahl. Das unterscheidet uns von den Design-Parteien, die sich von Consultingfirmen und Werbeagenturen ein freundliches Image basteln lassen, das mit ihrer Belastungspolitik nicht das Geringste zu tun hat.“



# Steirische Inseratenaffäre: Voves verweigert Auskunft „Ein Versuch, Berichterstattung zu manipulieren“

*In der Fragestunde im Rahmen der Landtagssitzung am 18.9. ersuchte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler um Auskunft über jene 380.000 Euro, die unter dem Deckmantel einer „Medienkooperation“ für regierungsfreundliche Berichterstattung an steirische Medien fließen.*

Landeshauptmann Voves weigerte sich, die Frage nach dem Wortlaut der Vereinbarung mit zwei steirischen Tageszeitungen zu beantworten und antwortete auf Nachfrage der KPÖ-Abgeordneten: „Ich habe meinen Ausführungen nichts hinzuzufügen.“ In seinen Ausführungen versuchte der Landeshauptmann die – nicht

als Inserate gekennzeichneten – PR-Texte als „Information der Bevölkerung über notwendige Maßnahmen der Regierung“ zu verkaufen. Dabei behauptete er, dass in Übereinstimmung mit dem Medientransparenzgesetz keine Nennung von Regierungsmitgliedern erfolge. Ein Blick auf die bisher erschienenen Artikel genügt, um zu sehen, dass LH Voves den Landtag falsch informiert: Sowohl er als auch sein Stellvertreter Schützenhöfer werden in den Artikeln namentlich genannt.

Klimt-Weithaler: „Es ist ein unerhörter Vorgang, dass ein Regierungsmitglied ohne Begründung eine Anfragebeantwortung verweigert. Die offene Verachtung, mit der LH Voves dem Landtag gegenübertritt,

- 2) Der Kleinen Zeitung GmbH & Co KG, Schönaugasse 64, 8010 Graz, wird für das Projekt „Schüler machen Zeitung“ ein Förderungsbetrag in Höhe von € 150.000 bei der VSt. apl. 1/021995-7430 „Reformprozess Steiermark – Medienkooperation, Beiträge“ zur Verfügung gestellt.
- 3) Der Krone-Verlag GmbH & Co. KG, Muthgasse 2, 1190 Wien bzw. KOOP Live-Marketing GmbH & Co KG, Weinholdstraße 20, 8010 Graz, wird für das Projekt „Reformpioniere“ ein Förderungsbetrag in Höhe von € 150.000 bei der VSt. apl. 1/021995-7430 „Reformprozess Steiermark – Medienkooperation, Beiträge“ zur Verfügung gestellt.
- 4) Für diverse weitere begleitende Kommunikationsmaßnahmen wird ein Betrag in Höhe von € 80.000,00 bei der VSt. 1/021959-7281 „Öffentlichkeitsarbeit“ bereitgestellt.
- 5) Die Bedeckung erfolgt durch gesonderten RSA der FA4A.

Der Landeshauptmann

Erster Landeshauptmann-Stellvertreter

**Steuergeld für Propaganda. Im letzten Landtag wurden obige Summen bewilligt. Die KPÖ hat dagegen gestimmt.**

sollte allen Abgeordneten zu denken geben. Es geht nicht nur um die 380.000 Euro, sondern

auch um den Versuch einer äußerst plumpen Manipulation der Berichterstattung.“

## Narzissenbad Bad Aussee: Landesregierung setzt auf Vernebelung

**Klimt-Weithaler: Investoren können nur gewinnen, Verluste werden von Gemeinde übernommen – „Will ÖVP ihr eigenes Fohnsdorf?“**

*Um zur Aufklärung der undurchsichtigen Geldflüsse sowie die Verantwortung der Landesregierung rund um die viel beachteten Bauprojekte in der Gemeinde Bad Aussee beizutragen, hat KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler am 18.9. eine Dringliche Anfrage an LH-Stv. Schützenhöfer gerichtet.*

Eingefädelt wurde das Narzissenbad-Projekt samt Hotel und Appartements von der Investorengruppe um Reinhard Hohenberg, Romuald Bertl und Stefan Fattinger. Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf zumindest 26 Millionen Euro. Die Stadtgemeinde Bad Aussee soll sich dem Vernehmen nach am Narzissenbad mit insgesamt etwa 8 Millionen Euro beteiligen. Das Land hat 2,5 Millionen Euro an Fördergeldern zugesagt, der Bund 1,5 Millionen Euro.

Zur Sorge veranlasst besonders, dass der – von der ehemaligen ÖVP-EU-Abgeordneten Hella Ranner, wegen des Verdachts der Untreue und des Betruges von ihrem Mandat

zurückgetreten, erstellte – Vertrag über den Grundstücksverkauf der Gemeinde Aussee an die Investorengruppe die Stadtgemeinde Bad Aussee grob benachteiligen soll. Erstens sei der Wert des Areals nach der Umwidmung in Bauland um ein Vielfaches gestiegen, weiters sei die Gemeinde verpflichtet, im Falle der Pleite das Narzissenbad mit allen Verbindlichkeiten zu kaufen und weiterzubetreiben.

In der anschließenden Debatte unterstützte die KPÖ unter anderem die Forderung auf eine eingehende Prüfung durch Landesrechnungshof und Gemeindeaufsicht. SPÖ und ÖVP lehnten dies in gewohnter Weise ab.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „In der Ge-

meinde gibt es von Seiten der Bevölkerung und von großen Teilen der Gewerbetreibenden massiven Widerstand gegen diese Pläne. Die Bevölkerung bekommt ein enormes Risiko umgehängt und haftet für das Projekt. Trotzdem wehren sich ÖVP und SPÖ mit Händen und Füßen gegen eine Prüfung des Vertrags. Offenbar will LH-Stv. Schützenhöfer in reformpartnerschaftlicher Solidarität mit der SPÖ nun sein eigenes Fohnsdorf schaffen.“

Zur Erinnerung: Der Investor Hohenberg war auch schon am Thermenprojekt Bad Gleichenberg beteiligt, wo er für die größte Firmenpleite der Steiermark im Jahr 2011 (55 Millionen Euro) mitverantwortlich war. An diesem nun insolventen Unternehmen hatte sich das Land Steiermark übrigens ebenfalls

mit über 7 Millionen Euro an verlorenen Zuschüssen und als stiller Gesellschafter mit fast 5 Millionen Euro beteiligt. Diese Investorengruppe sorgte nun in Bad Aussee für Aufregung, da sie das ursprünglich präsenzierte Hotel- und Appartementprojekt nun deutlich vergrößert bauen möchte.

In der Beantwortung der Anfrage bezog sich LH-Stv. Schützenhöfer übrigens immer wieder auf jenes Thermenentwicklungskonzept, das bereits in der vergangenen Landtagsperiode die Therme Aqualux in Fohnsdorf äußerst positiv beurteilte. Damals hieß es, „dass das Projekt Fohnsdorf positiv zu sehen ist, und zwar als wertvolle Ergänzung für die gesamte regionalwirtschaftliche Entwicklung.“



**Elke Kahr. KPÖ**

**In harten Zeiten:  
Auf keinen Menschen vergessen!**